

Waldemar Stange

Kriterien der politischen Bewertung von Partizipationsangeboten

Ein Kurz-Verfahren

Baustein A 4.1

Veröffentlichung im Rahmen der Beteiligungsbausteine des
Deutschen Kinderhilfswerkes e.V. (www.kinderpolitik.de)

Entwicklung und wissenschaftliche Leitung:
Professor Dr. Waldemar Stange, Leuphana-Universität Lüneburg

Lüneburg/Berlin 2002

Deutsches Kinderhilfswerk e.V.
Leipziger Straße 116-118
10117 Berlin

Fon: +49 30 308693-0
Fax: +49 30 2795634
E-Mail: dkhw@dkhw.de
www.dkhw.de

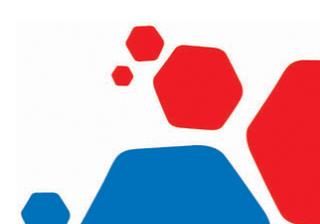
Bankverbindungen:
Konto-Nr.: IBAN:
DE29100205000003331100
Spendenkonto: IBAN:
DE23100205000003331111
Bank für Sozialwirtschaft
BIC: BFSWDE33BER

Vereinsregister-Nummer:
AG Charlottenburg 15507 B
USt-ID: DE167064766

Anerkannter Träger der freien
Jugendhilfe (§ 75 KJHG)

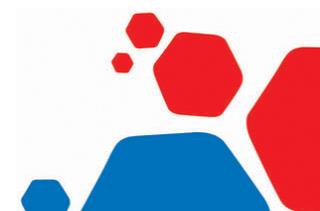
Mitglied im PARITÄTISCHEN
Wohlfahrtsverband

Mitglied im
Deutschen Spendenrat



Inhalt

1. Überblick	3
2. Kriterien der politischen Bewertung von Partizipationsangeboten	3
2.1 Partizipationsgrad und -intensität	4
2.2 Gesamtstruktur/Gesamtkonzeption	4
2.3 Transparenz	4
2.4 Effizienz	4
2.5 Optimierungsmodell	5
3. Zusammenfassung	6
4. Literatur	7



1. Überblick

Im Folgenden soll ein Beurteilungsraster mit vier Kriterien zur Bewertbarkeit von Partizipationsangeboten vorgestellt und erläutert werden. Es handelt sich um ein ergänzendes schnelles Kurz-Verfahren, das bei Zeitmangel Berücksichtigung finden kann, intensivere Verfahren aber nicht ersetzen soll.

Außerdem soll kurz begründet werden, warum man diese vier Zielvariablen ganzheitlich betrachten sollte.

2. Kriterien der politischen Bewertung von Partizipationsangeboten

Beteiligungsangebote – gleichgültig in welcher speziellen „Mixtur“ von Formen und Inhalten (Verhältnis von Strategien/Methoden, Aktionsfeldern, Themen und Zielgruppen) „verabreicht“ – sind kategorisierbar und bewertbar.

Das muss grundsätzlich anhand der konkreten Zielsetzungen und Bedürfnisse vor Ort geschehen (Was ist für uns in unserer besonderen Situation brauchbar?). Dieser Punkt ist an dieser Stelle aber nicht in verallgemeinerter Form zu klären. Er bleibt aber wichtig und muss immer ergänzend mitgedacht werden, bis die lokalen Informationen zur Verfügung stehen – im Abgleich mit den unten beschriebenen vier Kriterien.

Die andere Möglichkeit neben der hier vorgestellten besteht darin, differenzierte Standards (Qualitätskriterien) guter Partizipation für Beteiligungsangebote einzusetzen. Geeignete Standards hierfür sind erst in der letzten Zeit entwickelt, aber noch nicht auf breiter Basis implementiert worden (Roth 2006, Meinhold-Henschel 2007, Stange in diesem Band). Diese Qualitätskriterien verdienen eine intensivere und breitere Auseinandersetzung.

Unabhängig davon erscheint es aber sinnvoll, auch ein sehr kurzes und schnelles Instrument zur Verfügung zu haben. Deshalb wird im Folgenden in Anlehnung an Detjen ein einfaches Beurteilungsraster mit vier Kriterien in der Form von Zielvariablen (Was soll vorrangig erreicht werden?) vorgeschlagen (Detjen 2000, S. 56). Es handelt sich hier aber nur um ein ergänzendes und schnelles Kurz-Verfahren, das bei Zeitmangel Berücksichtigung finden kann, aber die intensiveren Verfahren nicht ersetzen soll.

Wenn man Beteiligungsangebote politisch bewerten will, sollten diese Zielvariablen (Kriterien) in ihrem Verhältnis zueinander betrachtet werden. Dies sollte im Sinne eines Optimierungsmodells geschehen, bei dem die vier Zielvariablen in einem sinnvollen Spannungsverhältnis zueinanderstehen. Einzelne Zielvariablen dürfen nicht einseitig überbetont und zulasten der anderen Variablen maximiert werden.

Die vier Zielvariablen sind:

- Partizipationsgrad und -intensität
- Gesamtstruktur/Gesamtkonzeption
- Transparenz
- Effizienz

Dabei wurde gegenüber Detjens Entwurf, der nur drei Zielvariablen enthält, als vierter Punkt die Dimension Gesamtstruktur/Gesamtkonzeption hinzugefügt und der Punkt Partizipation im Sinne von Partizipationsgrad und -intensität erweitert interpretiert.



2.1 Partizipationsgrad und -intensität

Jedes Partizipationsangebot lässt sich sehr schnell danach einschätzen, ob der gewährte Beteiligungsgrad eher gering oder intensiver und weitreichender ist (vom einfachen Informationsrecht bis hin zu echten Entscheidungsrechten).

Partizipationslevel (Intensität der Einflussnahme)

Mitwirkung am Willensbildungs- und Entscheidungsprozess:

- Informationsrecht
- Anhörungsrecht
- Initiativrecht

Entscheidungsrechte:

- Entscheidung durch die „Basis“
- Mitentscheiden/Mitbestimmen)

Direkte oder indirekte (mittelbare oder unmittelbare) Demokratie

Werden die Beteiligungsrechte indirekt über gewählte und delegierte Vertreter ausgeübt oder durch die Betroffenen selber (direkt)?

Reichweitendifferenzierung der Partizipation

Beteiligungsrechte können thematisch begrenzt sein oder nicht. Partizipation zielt auch auf einen bestimmten Kreis von jeweils Beteiligungsberechtigten. Das können z. B. Zielgruppen sein mit örtlicher, altersmäßiger, institutioneller und organisationsbezogener Differenzierung. Auch der Aspekt der Öffentlichkeits- oder Populärpartizipation (alle sind berechtigt) einerseits bzw. der reinen Betroffenenpartizipation (nur direkt Betroffene werden beteiligt) andererseits spielt hier eine Rolle.

2.2 Gesamtstruktur/Gesamtkonzeption

Beteiligungsangebote dürfen nicht singular konzipiert sein und einfach einzelne, isolierte und punktuelle Maßnahmen eher zufällig „in die Welt setzen“. Sie sollten immer eingebunden sein in ein Gesamtkonzept, das alle relevanten Strukturen und lokalen Beteiligungsbedingungen berücksichtigt. Das bedeutet, dass z. B. die strukturelle Verankerung in Politik und Verwaltung bewusst und sichergestellt sein muss. Eine nachhaltige Grundausrichtung und eine Vermeidung von Einseitigkeiten, etwa durch nicht angepasste Konzentration auf selektierte Zielgruppen, Aktionsfelder, Themen oder die Bevorzugung einseitig ausgewählter einzelner Partizipationsstrategien und Methoden müssen sichergestellt sein.

Das Augenmerk sollte auf der Entwicklung intelligenter neuer Wege der Interessenartikulation und -aushandlung liegen, die die traditionellen parlamentarischen Formen mit der direkten Demokratie und den informellen, unkonventionellen Formen verbinden.

2.3 Transparenz

Die Zielvariable Transparenz bedeutet zunächst einmal, dass das Beteiligungsverfahren und die Ergebnisse für die Beteiligten, Betroffenen sowie auch Außenstehende und die Öffentlichkeit immer nachvollziehbar und durchschaubar sein sollen. Zum anderen bedeutet Transparenz auch Offenheit und Zugänglichkeit des Beteiligungsangebotes für alle Gruppen.

2.4 Effizienz

Effizient ist ein Beteiligungsangebot, wenn seine Leistungsfähigkeit „gemessen an der Zeit-Kosten-Nutzen-Relation“ belegbar ist. „Kriterien der Effizienz sind zum einen die Stärkung der Motivation und Identifikation der Partizipierenden, zum ande-



ren der politische Wirkungsgrad der Beteiligungsform selbst. ... Es muss auch gefragt werden dürfen, ob der Einzelne überhaupt genügend motiviert ist, die ihm eingeräumten Partizipationsmöglichkeiten zu ergreifen. Denn für ihn macht politische Beteiligung doch nur dann Sinn, wenn er eine Chance sieht, wirksam die betreffende Entscheidung beeinflussen zu können. Die Beteiligungsformen unterscheiden sich diesbezüglich sehr deutlich. Es müssen aber auch die Kosten gesehen werden, die die Inanspruchnahme eines Beteiligungsinstrumentes verursacht. Zu den Kosten gehört zum einen der finanzielle, zeitliche und organisatorische Aufwand. Zum anderen ist der ungewisse Ausgang einer politischen Initiative natürlich auch als Kostenfaktor zu verbuchen.“ (Detjen 2000, 56)

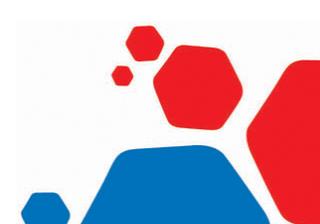
2.5 Optimierungsmodell

Das gesamte Ensemble der kommunalen Beteiligungsangebote – nicht nur für Erwachsene, sondern auch für Kinder und Jugendliche – kann nun unter Heranziehung der vier Zielvariablen (Kriterien) im Rahmen eines Optimierungsmodells betrachtet und eingeschätzt werden.

Dabei stellt sich schnell heraus, dass es zu großen Problemen führt, wenn man – was derzeit durchaus üblich ist – „nur einen Zielwert maximiert. So könnte eine Maximierung von Partizipation (sgrad und -intensität, W. S.) zu selbst ernannten ‚Profipartizipierern‘ führen und ein undurchdringliches Dickicht an Gremien, Beiräten und Einflusskanälen geschaffen werden. Transparenz allein könnte Unverbindlichkeit fördern und Datenschutzbelange gefährden. Die ausschließliche Berücksichtigung von Effizienz allein könnte den Kreis der Partizipanten klein halten, der dann freilich hoch motiviert wäre“ (Detjen 2000, S. 56).

Auch bei Kindern und Jugendlichen sind diese Phänomene bekannt: In bestimmten Jugendparlamenten gibt es im Laufe der Zeit regelrechte jugendliche „Topexperten“, die alles „managen“ – um nicht zu sagen: „alles an sich reißen“ – und andere weniger artikulationsfähige Jugendliche ausschließen. Manche Beteiligungskonzepte sind so filigran, redundant und aufwändig, dass in diesem „Dickicht“ zum Schluss kein Jugendlicher mehr durchblickt (z. B. Nebeneinander von intensiver Projektkultur, selbst organisierten Freizeitangeboten, kommunalem Jugendparlament, Stadtschülervertretung und den Jugendverbänden mit dem Stadtjugendring, der wiederum im kommunalen Jugendausschuss vertreten ist und für alle redet). Manche aufwändigen und intensiven Transparenzversuche über ein Wirrwarr an Plakaten, Foldern, konkurrierenden Homepages und unkoordinierten Treffen erhöhen den Partizipationsgrad und das Engagement nicht unbedingt.

Im Rahmen einer Optimierungssichtweise wird versucht, solche Fehlentwicklungen zu vermeiden. Zu einem konsequenten Qualitätsmanagement (siehe hierzu den entsprechenden Beitrag in diesem Band) gehört genau diese ganzheitliche Sichtweise auf dem Hintergrund einer permanenten Verbesserungskultur.



3. Zusammenfassung

Es wurden vier Kriterien zur politischen Bewertung von Partizipationsangeboten aufgezeigt.

1. Partizipationsgrad und -intensität

2. Gesamtstruktur/Gesamtkonzeption

Hier sind die Gesamtbetrachtung und die strukturelle Verankerung in der Kommune von entscheidender Bedeutung.

3. Transparenz

Projekte müssen immer nachvollziehbar und durchschaubar sein.

4. Effizienz

Nicht nur die Zeit, die Kosten und der Nutzen sind von enormer Bedeutung, sondern auch die Motivation der Teilnehmenden und ihre Identifikation mit dem Projekt.

Besondere Beachtung verdient der Gesichtspunkt der Ganzheitlichkeit. Ein gutes Partizipationsprojekt kann nur gelingen, wenn man alle vier Kriterien miteinander verknüpft und keines auslässt (Optimierungsansatz und permanente Verbesserungskultur).



4. Literatur

- Bartscher, Matthias (1998): Partizipation von Kindern in der Kommunalpolitik. Freiburg im Breisgau
- Bartscher, Matthias (2007): „Wie kann die Vertretung von Kinderinteressen dauerhaft und effektiv institutionalisiert werden? – Kinder- und Jugendbüros, Kinderanwältinnen und Kinderbeauftragte“. In: Stange, Waldemar (Hrsg.) (2007): Strategien der der Kinder- und Jugendbeteiligung: Grundformen I. Stellvertretende Formen – Beteiligung an den Institutionen der Erwachsenenwelt – Punktuelle Partizipation – Alltagspartizipation. Münster
- Bruner, Claudia Franziska/Winklhofer, Ursula/Zinser, Claudia (1999): „Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Kommunen“. In: Diskurs Heft 1/1999, Studien zu Kindheit, Jugend, Familie und Gesellschaft. Leverkusen
- Brunemann, Claudia/Stange, Waldemar/Tiemann, Dieter (2001): mitreden – mitplanen – mitmachen. Kinder und Jugendliche in der Kommune. Hrsgg. v. Deutschen Kinderhilfswerk und Ministerium für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau des Landes Schleswig Holstein u. A. Berlin und Kiel
- Detjen, Joachim (2000): Demokratie in der Gemeinde. Bürgerbeteiligung an der Kommunalpolitik in Niedersachsen. Hannover
- Deutsches Kinderhilfswerk (2004): Nachschlage(werk) Kinderpolitik. Dokumentation beispielhafter Projekte, Erläuterungen, Adressen und weiterführende Literatur. Berlin
- Engelstädter, Steffi (2007): „Das Kinderbüro der Stadt Weimar – kommunale Lobbyarbeit für Kinder, Arbeiten zwischen Streetwork und Schreibtisch“. In: Stange, Waldemar (Hrsg.) (2007): Strategien der der Kinder- und Jugendbeteiligung: Grundformen I. Stellvertretende Formen – Beteiligung an den Institutionen der Erwachsenenwelt – Punktuelle Partizipation – Alltagspartizipation. Münster
- Fleischhauer, Martin (2002): Informationen zum Kinder- und Jugendbüro. Wolfsburg
- Hansen, Rüdiger (2007): „Können die das? Beteiligung in Kindertageseinrichtungen. Zwischen partizipativer Pädagogik und politischer Partizipation“. In: Stange, Waldemar (Hrsg.) (2007): Partizipation in Kindertagesstätte, Schule und Jugendarbeit. Aktionsfelder - exemplarische Orte und Themen I. Münster
- Hartwig-Hellstern, Frercks (1995): Kinderbürger. Über die politische Beteiligung von Kindern. Bonn
- Hattenhauer, Hans (1997): „Über das Minderjährigenwahlrecht“. In: Palentin, Christian/Hurrelmann, Klaus (1997): Jugend und Politik. Neuwied
- Hessisches Sozialministerium, Landesjugendamt Hessen. Hrsg. (2000): Kinder und Jugendliche reden mit ... in Hessen. Eine „Selbst“-Dokumentation von Kinderbeauftragten, Kinderbüros, Kinder- und Jugendparlamenten, Jugendforen und Jugendbeiräten. Kassel
- Knauer, Raingard/Brandt, Petra (1998): Kinder können mitentscheiden. Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Kindergarten, Schule und Jugendarbeit. Neuwied, Krefeld und Berlin



- Knauer, Raingard (2007): „Alltagsbeteiligung von Kindern und Jugendlichen. Eine Herausforderung nicht nur an Pädagogen“. In: Stange, Waldemar (Hrsg.) (2007): Strategien der Kinder- und Jugendbeteiligung: Grundformen I. Stellvertretende Formen – Beteiligung an den Institutionen der Erwachsenenwelt – Punktuelle Partizipation - Alltagspartizipation. Münster
- Lehwald, Gerhard (2008): „Partizipation und Lernen von Demokratie in der Großstadt. Das Leipziger Kinderbüro ‚Kinder planen ihre Stadt‘“. In: Stange, Waldemar (Hrsg.) (2008): Partizipation von Kindern und Jugendlichen in Stadtplanung und Dorfentwicklung. Aktionsfelder - exemplarische Orte und Themen II. Münster Beitragsbausteine - Band 6
- Meinhold-Henschel, Sigrid (2007): „Qualitätsanforderungen an Beteiligungsvorhaben“. In: Bertelsmann Stiftung. Hrsg. (2007): Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland. Gütersloh
- Merk, Peter (1997): „Wahlrecht ohne Altersgrenzen“. In: Hurrelmann, Klaus/Palentien, Christian (1997): Jugend und Politik. Neuwied
- Roth, Roland (2006): Checkliste mit Qualitätsmaßstäben für projekt- und maßnahmenorientierte Beteiligungsangebote. Unveröff. Papier. Gütersloh
- Schröder, Richard (1995): Kinder reden mit! – Beteiligung an Politik, Stadtplanung und -gestaltung. Weinheim und Basel
- Stange, Waldemar (1996): Planen mit Phantasie. Kiel und Berlin
- Stange, Waldemar (2005): Systematisierung. Grundformen (Strategien) der Beteiligung: die sechs Hauptkategorien. Unveröff. Papier. Lüneburg
- Stange, Waldemar (2007): Partizipation von Kindern und Jugendlichen im kommunalen Raum I. Grundlagen. Münster
- Stange, Waldemar (2008): Partizipation von Kindern und Jugendlichen im kommunalen Raum II. Beteiligungsmodelle implementieren. Sozialraumanalyse - Ziel- und Konzeptentwicklung – Gesamtstrategie. Münster 2008. Im Erscheinen
- Stange, Waldemar (Hrsg.) (2007): Strategien der Kinder- und Jugendbeteiligung: Grundformen I. Stellvertretende Formen – Beteiligung an den Institutionen der Erwachsenenwelt – Punktuelle Partizipation - Alltagspartizipation. Münster
- Stange, Waldemar (Hrsg.) (2007): Strategien der Kinder- und Jugendbeteiligung: Grundformen II. Kinder- und Jugendparlamente - Offene Formen - Projektansatz. Münster
- Sturzenhecker, Benedikt (2008): „Partizipation in der Offenen Jugendarbeit“. In: Stange, Waldemar. Hrsg. (2008): Aktionsfelder der Partizipation von Kindern und Jugendlichen im kommunalen Raum. Exemplarische Themen und Orte, Band I. Münster (m Erscheinen)
- Wallrabenstein, Wulf (1996a): „Ich möchte nicht gestört werden“. In: Die Grundschulzeitschrift 100/1996
- Wallrabenstein, Wulf (1996b): „Kinderrechte im Alltag“. In: Die Grundschulzeitschrift 100/1996

